



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsprofessor am DIW Berlin, Direktor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam und Research Fellow am IZA.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Griechenlandkrise – gibt es die noch?

Erst die Griechenlandkrise, dann die VW-Krise, es folgte die Flüchtlingskrise, jetzt die Terrorkrise. Die Geschwindigkeit, mit der eine Krise die andere ablöst, nimmt bedenklich zu, die Aufmerksamkeit für ältere Krisen schwindet. Frühere Themen scheinen medial ausgereizt. Und so entsteht der Eindruck, die alten Krisen seien gelöst – schließlich sind sie ja nicht mehr in den Medien.

Ein Blick nach Griechenland offenbart anderes: Das Land gerät immer weiter in den Abwärtsstrudel, und niemand nimmt es wahr.

Oberflächlich betrachtet hat sich die neue Regierung auf einen halbwegs kooperativen Modus gegenüber ihren Gläubigern eingestellt. Die mit den EU-Partnern vereinbarten Reformen werden zwar scheinbar durchgeführt, bei genauer Betrachtung aber nur widerwillig, halbherzig und bruchstückhaft, wie zuletzt die Einführung einer Insolvenzordnung. Denn die jetzt vom Parlament verabschiedete Regelung wird den Banken nicht helfen, einen Schlusstrich unter ihre massenhaft vorhandenen faulen Immobilienkredite zu setzen. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass mit viel Getöse in den (griechischen) Medien einige Immobilienbesitzer aus ihren Wohnungen geklagt werden, um zu „beweisen“, dass auch diese Vereinbarung tatsächlich realisiert wurde.

Im Halbherzigen liegt ein großes Problem: Werden Reformen, die einen besseren gesetzlichen Rahmen setzen sollen, so schlecht ins Werk gesetzt wie nun die Insolvenzordnung, dann hilft das niemandem. Nicht den Banken, die dadurch einen noch größeren Re-Kapitalisierungsbedarf haben, nicht den Sparern, die weiterhin ihre Ersparnisse unter der Matratze (oder im Ausland) halten werden, nicht den kleinen Unternehmen, die weiterhin keine Kredite bekommen, nicht den import- und exportabhängigen Unternehmen, die weiterhin unter der Knute der Kapitalverkehrskontrollen leiden und Monat für Monat dadurch in ihren unternehmerischen Aktivitäten massiv beschränkt werden. Und die schlecht

umgesetzte Insolvenzordnung ist nur eines von vielen Beispielen. Andere wichtige Reformen werden verzögert oder gar nicht erst angegangen, man denke etwa an die seit fünf Jahren angemahnten Produktmarktreformen. Und beim Bürokratieabbau und der Reduzierung von Regulierungen für unternehmerische Aktivitäten ist bereits vor zwei Jahren Stillstand eingetreten. Die Folge ist, dass die griechische Wirtschaft auch dieses Jahr wieder schrumpfen wird.

Leider ist noch mehr Ungemach zu erwarten. Der griechische Regierungschef Alexis Tsipras hat ja oft genug betont, dass er selbst nicht hinter dem Reformprogramm steht. Anstatt sich die vereinbarten Reformen zu eigen zu machen und darauf aufbauend ein eigenes schlüssiges Gesamtkonzept zur Erholung der griechischen Wirtschaft vorzulegen, wird Tsipras in absehbarer Zeit auf die schlechte Entwicklung der griechischen Wirtschaft hinweisen. Schuld daran werden dann die von den Gläubigern verlangten Reformen sein und nicht deren schlechte und bruchstückhafte Umsetzung. Hier kommen nun die anderen Krisen ins Spiel. Die Flüchtlingskrise wird die europäischen Gläubiger davon abhalten, eine bessere Umsetzung der Reformen von Tsipras zu verlangen, denn sie brauchen seine Unterstützung bei der Versorgung der Flüchtlinge und bei der Sicherung der Außengrenzen. Die Gläubiger Griechenlands werden anfangen, die „Augen zuzudrücken“ und die nächsten Tranchen leichter durchzuwinken.

Verlierer sind damit erneut die Produktivkräfte Griechenlands. Die griechische Wirtschaft liegt weiterhin in Agonie. Eine Verbesserung ihrer Lage ist nicht in Sicht, nachdem Tsipras bis heute kein Bekenntnis zu Marktwirtschaft und Wettbewerb gegeben hat. Der Exodus der gut ausgebildeten Unternehmer, Forscher, Manager und Fachkräfte aus Griechenland – also genau derjenigen, die Griechenland aus der Krise führen könnten – wird sich fortsetzen: Laut den letzten Umfragen möchte ein Drittel der jungen Griechen das Land verlassen. Die griechische Tragödie setzt sich fort. Nächstes Jahr beginnt dann der vierte Akt – oder ist es schon der fünfte?



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Anne Neumann

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.